

Europa, die Kirchen und die Soziale Frage

Auch in einer reichen Stadt, wie es die Reichsstadt Ulm im Spätmittelalter und in der beginnenden Neuzeit war, gab es arme Menschen. Im Münster und in den anderen Kirchen wurden Opferstöcke aufgestellt. Der Erlös wurde einmal wöchentlich an die Armen verteilt. Diese Aufgabe übernahmen sog. „Bettelherren“, die vom Rat der Stadt bestellt wurden. Zwei historische Opferstöcke erinnern im Münster heute noch an die durch eine „Bettelordnung“ geregelte Armenfürsorge. Und auch die fast 780jährige Geschichte der Ulmer Hospitalstiftung mit ihrer Kranken- und Armenfürsorge gehören in diesen Kontext - und Unternehmer wie Philipp Jakob Wieland und Robert Bosch ebenso.

Warum sage ich das? Weil die Soziale Frage, die Frage, wie gewährleisten wir, dass alle Menschen – auch die armen – ein auskömmliches Leben haben, nicht nur eine Frage der christlichen Grundhaltung, sondern auch eine Frage der politischen Klugheit ist. Eine Gemeinschaft, die die soziale Frage ignoriert, hat keine Zukunft. Das gilt für alle Gemeinschaften – auch für Europa.

Dass die Europäische Union in einer veritablen Krise steckt, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dass mit der EU-Krise aber auch der europäische Gedanke in eine Krise geraten ist, bestreiten nur die, die dies aus ideologischen Gründen tun müssen. Natürlich sind Europa und die EU zwei gesonderte Größen. Doch die Übergänge sind fließend.

Vor wenigen Tagen jährte sich der Beginn des 2. Weltkrieges zum 80mal. Fünf Stunden nach Deutschlands Angriff auf Polen sitzen die Menschen vor ihren Radios. Adolf Hitler spricht vor dem Reichstag.

„Polen hat nun heute Nacht zum ersten Mal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!“

Damals wie heute nutzen die Ideologen die neuesten Medien. War es früher das Radio, der Volksempfänger, sind es heute die sogenannten sozialen Netzwerke.

Mit einer Lüge wird der Beginn des 2. Weltkriegs gerechtfertigt. Wenige Tage vor dem Überfall sagt Hitler in einer Ansprache an die Oberkommandierenden des Heeres: *„Die Auslösung des Konfliktes wird durch eine geeignete Propaganda erfolgen. Die Glaubwürdigkeit ist dabei gleichgültig, im Sieg liegt das Recht“*.¹

Der Rückblick auf den Kriegsbeginn erscheint mir aus zwei Gründen wichtig:

Im Zeitalter von Fake-News heißt das: Lüge als politisches Mittel ist kein Kavaliersdelikt. Natürlich wurde schon immer gelogen. Das Phänomen ist nicht neu. Die Dimension dagegen sehr wohl. Durch die Digitalisierung und die sozialen Medien breiten sich Fake-News geradezu epidemisch aus. Und für Kampagnen werden sie so gezielt wie skrupellos eingesetzt. Stichwort: Brexit mit den erfundenen Zahlen, die GB wöchentlich an die EU zu zahlen hat. Erlögen aber

¹ Ansprache Adolf Hitlers, aufgezeichnet von Generaladmiral Boehm vom 22. August 1939: <https://www.ns-archiv.de/krieg/1939/22-08-1939-boehm.php> abgerufen 14.09.2019.

sehr erfolgreich. Wer aber keinen Respekt vor der Wahrheit hat, hat auch kein Respekt vor den Menschen. Friedliches Miteinander braucht ein Mindestmaß an Vertrauen. Lüge zerstört Vertrauen und stiftet Chaos. Ein Blick nach GB reicht.

Das andere: Europa und die Europäische Union sind ja gerade auf dem Hintergrund zweier Weltkriege entstanden. Der französische Außenminister Robert Schumann sagt 1950: „Frankreich, das sich seit mehr als zwanzig Jahren zum Vorkämpfer eines Vereinten Europas macht, hat immer als wesentliches Ziel gehabt, dem Frieden zu dienen. Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt“.² Daran knüpft Joschka Fischer an, wenn er sagt „Europa ist aus dem Schmerz geboren“.³ Europa ist aber auch aus Schuld geboren. Um zu verstehen, warum wir Europa als Bündnis der Humanität brauchen, müssen wir nicht nur Erinnerungsorte wie Verdun besuchen, sondern auch Orte wie Auschwitz oder bei uns in Ulm den Oberen Kuhberg. Deshalb auch das Israelfenster im Ulmer Münster.

Europa hat in seiner Geschichte seine Probleme sehr oft mit Kriegen, mit Spaltungen, mit der Errichtung von Mauern gelöst. Daran waren auch die Kirchen nicht unbeteiligt. Stichwort Religionskriege. Diese furchtbaren Erfahrungen waren grundlegende Motivation für ein anderes, ein humanes Europa.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs suchten die evangelischen Kirchen bewusst die Begegnung mit den Christen aus bisher verfeindeten Staaten. Die Versöhnungsbotschaft des Evangeliums war für sie leitend. So kann es zur Gründung von Bündnissen: 1948, drei Jahre nach Kriegsende wurde in Amsterdam der Ökumenische Rat der Kirchen gegründet. Es folgte die Gründung der Konferenz der Kirchen am Rhein und die Gründung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen (GEKE). Es ging um Erinnern und Versöhnen.

Diesem Thema widmet sich auch der Europaroman „Die Hauptstadt“ des österreichischen Schriftstellers Robert Menasse.⁴ Neben anderem geht es auch ein Gedenkprojekt, mit dem das Vertrauen der Menschen in Europa gestärkt oder neu gewonnen werden soll. Zuständig dafür ist ein gewisser Martin Susman. Ihn beschäftigt nun die Frage: Was kann das sein? Was verbindet die Bürger und Bürgerinnen Europas über alle nationalen Grenzen hinweg? Letztlich schlägt er einen Geburtsort für Europa vor. Dieser Ort ist Auschwitz. Der Vorschlag wird als verrückt abgetan. Aber Susman beharrt und führt aus: *„Die Opfer kamen aus allen Ländern Europas, sie trugen alle dieselbe gestreifte Kleidung, sie lebten alle im Schatten desselben Todes, und sie alle hatten, so sie überlebten, denselben Wunsch, nämlich die für alle Zukunft geltende Garantie der Anerkennung der Menschenrechte. **Nichts in der Geschichte hat die verschiedenen Identitäten, Mentalitäten und Kulturen Europas, die Religionen, die verschiedenen so genannten Rassen und ehemals verfeindeten Weltanschauungen so verbunden, nichts hat eine so fundamentale Gemeinsamkeit aller Menschen geschaffen wie die Erfahrung von Auschwitz. Die Nationen, die nationalen Identitäten, das war alles***

² Robert Schumann am 09.05.1950, https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration_de (Abgerufen am 16.09.2019).

³ Zitat bei Thomas Wimpf, Bedeutung des Protestantismus für Europa, https://www.ekd.de/070216_wipf_wittenberg.htm (Abgerufen am 04.09.2019).

⁴ Robert Menasse, Die Hauptstadt, Berlin 2017.

hinfällig, (...) das alles war aufgehoben in einer gemeinsamen Sehnsucht, dem Wunsch zu überleben, dem Wunsch nach einem Leben in Würde und Freiheit.“⁵

Natürlich scheitert dieses Projekt im Roman. Menasse berührt aber mit dem Zusammenhang von Auschwitz und Europa die offenen Stellen einer europäischen Erinnerungskultur. Deshalb gleicht wie über Auschwitz gesprochen wird, einem Seismographen für die Bedrohung der Menschenrechte. Wenn dieses Kapitel der deutschen Geschichte nur als „Patzer“ (um kein anders Wort zu bemühen) in einer sonst glorreichen Geschichte beschrieben wird, sollten wir mehr als hellhörig werden. Verdun und Auschwitz stören ein zu glattes Selbstbild unserer Nation aber auch Europas.

Auch über 100 Jahre bzw. über 75 Jahre nach Ende des 1. Und 2. Weltkrieges müssen wir uns gegenseitig zuhören. Wir müssen bereit sein, die so unterschiedlichen Erinnerungen zu hören und nicht immer gleich zu bewerten und zu beurteilen. „Healing of Memories“, heißt ein Prozess, der innerhalb der Kirchen immer wieder Raum geboten hat, über erlittenes und zugefügtes Unrecht nachzudenken und Schmerzen auszusprechen.

Anlässlich der 100jährigen Wiederkehr des Endes des 1. Weltkriegs formulierte die GEKE 2018 in Basel ein Friedenswort. Es beginnt mit den Worten:

„Die evangelischen Kirchen Europas äußern sich zum ersten Mal gemeinsam zum Ende des Ersten Weltkrieges und seinen Folgen. Die Erfahrungen und Haltungen der Kirchen sind so unterschiedlich wie die Länder, in denen sie sich befinden. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa ein gemeinsames Wort gefunden hat und sich zur Frage der Schuld, der Aufgabe der Versöhnung, der Frage von Migration und Minderheiten, und der Herausforderung von Demokratie und Zivilgesellschaft äußert. Es ist dies für die GEKE ein Ausdruck der Einheit in versöhnter Verschiedenheit.“⁶

1949 – also ein Jahr nach dem Ökumenischen Rat der Kirchen – wurde der Europarat gegründet. Es folgte die Gründung der Montanunion. Um den Frieden zu fördern und zu erhalten ging man daran, eine Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen. In den Kriegen ging es immer auch um wirtschaftliche Interessen, wie dem Zugang zu den Rohstoffen. Diese sollten künftig friedlich gelöst werden.

So entwickelte sich Europa zu einem Friedensprojekt – ohne gleichen. Aber *„gerade der Erfolg des Friedensprojektes Europa hat ihm vielerorts seine begeisternde Wirkung genommen“⁷*. Europa wurde allein auf den wirtschaftlichen Aspekt reduziert. *„Wenn der Euro stirbt, stirbt Europa“*. Die Wirtschaft hat über die Jahrzehnte ein Gewicht bekommen, dem sich alles andere unterzuordnen hat. Und die Wirtschaft als solche hat sich verändert. Die Ideologie vom Markt, der sich selbst regelt, setzte sich in Europa mehr und mehr durch. Deshalb wurde der Markt von seinen lästigen Fesseln befreit. Doch das vermeintliche Allheilmittel erweist sich zunehmend als Gift. Auch als Gift für die Demokratie.

⁵ Robert Menasse, a.a.O., S. 184f.

⁶ <https://cpce-assembly.eu/dokumente> Das Friedenswort ist unter diesen Dokumenten zugänglich (Abgerufen am 16.09.2019).

⁷ EKD, „So wirst du leben“ (Lk 10,28). Europa in Solidarität – Evangelische Impulse, Magdeburg 2016.

Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Udo di Fabio bemerkt dazu:

*„Viel zu lange wurden kulturelle Voraussetzungen des Wirtschaftswachstums, Voraussetzungen und Bedingungen für nachhaltige Freiheit und Prosperität als weiche Faktoren an den Rand gedrängt“.*⁸

Dabei hatte Jaques Delors bereits vor 27 Jahren auf das Problem hingewiesen, dass eine rein ökonomische und administrative Begründung Europa nicht tragen wird. Im Februar 1992 sagt Delors – bezeichnender Weise auf der Konferenz Europäischer Kirchen: *„Wenn es uns in den kommenden zehn Jahren nicht gelingt, Europa eine Seele zu geben, es mit einer Spiritualität und einer tieferen Bedeutung zu versehen, dann wir das Spiel zu Ende sein“.*⁹

Die evangelischen Kirchen haben sich mit dem Begriff „Seele“ in diesem Kontext schwergetan. Der Begriff Seele erfasst die Begegnung des Menschen mit Gott. Aus biblischer Sicht ist sie der menschlichen Verfügung entzogen.

Niemand kann die Seele machen. Zudem verbinden sich mit dem Begriff Seele Vorstellungen von Unsterblichkeit und Göttlichkeit. Passt das für Europa?

Auf protestantischer Seite gab es auch die Sorge, Religion zu instrumentalisieren. Wolfgang Huber, der frühere EKD-Ratsvorsitzende, hat immer wieder daran erinnert, dass der Glaube an Gott vor der Versuchung bewahrt, diesseitige Fragen jenseitig aufzuladen. Europa ist auch aus Schmerz geboren, weil Politik und Religion immer wieder auf unheilvolle Weise vermischt wurden. Bis ins 16. Jahrhundert hinein bestand mehr als tausend Jahre lang ein enges Machtgeflecht zwischen der christlichen Kirche und einer Staatsordnung, die Rechtgläubigkeit zum Gesetz machte und Ketzerei strafrechtlich verfolgte. Gegen dieses Konzept einer Überformung des politischen und gesellschaftlichen Lebens durch die Kirche hat Martin Luther die grundlegende Unterscheidung der geistlichen und der weltlichen Gewalt gesetzt. Somit ist Religion und Politik, Staat und Kirche klar getrennt aber doch aufeinander bezogen.

Europa ist ein Lebensraum, in dem Menschen unterschiedlichster Kulturen, Konfessionen und Religionen zusammenleben. Dieser Lebensraum darf weder religiös noch ideologisch überhöht werden. Vielmehr muss er als gemeinsamer Raum der Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens gestaltet werden.

Der Wunsch, Europa eine Seele zu geben, steht für eine Defiziterfahrung. Wenn Europa wirklich zusammenwachsen soll, braucht es mehr als staatliche Institutionen, eine effiziente Verwaltung und wirtschaftlichen Erfolg – so wichtig diese Faktoren auch sind!

Wenn Europa wirklich zusammenwachsen soll, braucht es ein Gefühl der Gemeinsamkeit, braucht es eine Identität. Es braucht das Bewusstsein der Menschen: Wir gehören zu Europa! Seit Delors Rede sind inzwischen 27 Jahre vergangen. Das Zugehörigkeitsgefühl ist nicht größer geworden. Umgekehrt: In vielen Staaten sind antieuropäische Parteien entstanden.

⁸ Udo di Fabio, Schwankender Westen, 2015, 209.

⁹ Jaques Delors, <http://www.europe-infos.eu/europeinfos/de/archiv/ausgabe163/article/5938.html>, abgerufen am 11.09.2019.

Delors Sorge war begründet. Aber schon seine Formulierung zeigt das Problem: Es kann nicht Teil der politischen Arbeit sein, eine Seele zu schaffen. Die Europäischen Institutionen wollen etwas organisieren, was sich ihren Möglichkeiten entzieht. Seele wird zu einer Chiffre, unter der sich jeder etwas anderes vorstellt. Analog dem Begriff der „Werte“. Die Akzeptanz des Wertebegriffs verdankt sich auch seiner Vieldeutigkeit. Weil immer wieder die „Werte“ als Mittel der Identitätsstiftung angeführt werden, will ich das kurz problematisieren.

Im Vertrag von Lissabon stehen Freiheit, Diskriminierungsverbot und Gleichstellung von Mann und Frau auf einer Stufe. Das klingt gut. In der Praxis trägt das oft überhaupt nichts aus. Nehmen wir den Wert Diskriminierungsverbot. Oft ist überhaupt nicht klar, wer wen diskriminiert. Ein Beispiel aus dem Alltag: Wenn ein muslimischer Vater sich weigert, einer Erzieherin im Kindergarten die Hand zu geben, können sich beide diskriminiert fühlen. Der Muslim fühlt sich diskriminiert, weil die Erzieherin von ihm fordert, was seinem religiösen Wertesystem zutiefst widerspricht. Die Erzieherin fühlt sich diskriminiert, weil der verweigerte Handschlag der Gleichbehandlung von Mann und Frau ebenso fundamental widerspricht.

Dass gemeinsame Werte die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben bilden, klingt auf den ersten Blick überzeugend. In der konkreten politischen Situation helfen solche Chiffren wie „Seele“ und „Werte“ nicht. Umgekehrt.

Sie schaden, weil sie Konflikte überdecken. Die Wertedebatte übertüncht den Verlust von Normen, die in den jeweiligen kulturellen und politischen Kontexten der europäischen Nationen entwickelt und bewahrt wurden. Nochmals Udo di Fabio: *„Es kommt der Kapitulation nicht nur der Philosophie, sondern der gesamten Aufklärung gleich, wenn dieses normative Grundgerüst als beliebig wandelbar dargestellt wird“*.¹⁰

Die schillernde Wertedebatte verheißt, was sie nicht einlösen kann. Sie hilft nur da, wo sie instrumentalisiert wird. Dann aber wirkt sie nicht integrierend, sondern spaltend. Eine nüchterne Selbsteinschätzung der Wertedebatte bewahrt Europa vor Selbstüberforderung und Selbstüberschätzung.

Lange wurde über den Gottesbezug in der Präambel der EU-Verfassung diskutiert. Die Kirchen warben dafür. Es gibt in Europa nicht nur die strikt laizistische Tradition mit der Trennung von Kirche und Staat, sondern auch die positive Religionsfreiheit, wie es das deutsche GG kennt.

Im sog. Böckenforde-Diktum klassisch geworden: *„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“*

Die Verfassungsversammlung lehnte den Gottesbezug ab. Am Ende konnte als Erfolg vermeldet werden, dass Religion überhaupt erwähnt wurde.

Über 80 Prozent der Einwohner der EU gehören aber einer christlichen Kirche an. Wenn dann die Kirchen als eine NGO unter anderen rangiert, ist das eine merkwürdige Verzerrung der Realität.

Gravierender wirkt aber, dass die Mehrheit des Verfassungskonventes offenbar nicht die Bedeutung des Christentums für Staat und Wirtschaft und Kultur erkannte. Diese religiöse

¹⁰ Udo di Fabio, a.a.O., S. 90.

Realität wurde schlicht verdrängt. Bezeichnend, dass die Präambel nur vom religiösen „Erbe“¹¹ spricht. Das heißt die Tradition wird gewürdigt. Ihr wird aber keine explizite Gestaltungskraft für die Gegenwart zugebilligt.

Das Problem ist nicht, dass die Präambel keinen ausdrücklichen Gottesbezug enthält. Das muss eine säkulare Verfassung nicht haben. Das Problem ist, dass wichtige geschichtliche Bezüge geleugnet werden. Die geschichtliche Bedeutung der jüdisch-christlichen Kultur für Europa ist unbestreitbar. Europa hat diese starken Wurzeln. Deshalb beteiligen sich auch die Kirche in diesem Gestaltungsprozess.

Aber – und nicht nur das unterscheidet die Kirchen von den selbsternannten Rettern des christlichen Abendlands – die Kirchen bringen sich nicht ein mit dem Ziel, dieses Europa zu einem christlichen Europa zu machen. Das käme einer geistig-kulturellen Festung gleich. Nein, die Kirchen bringen sich aufgrund ihres christlichen Menschenbildes ein beim Aufbau eines humanen, gerechten und friedlichen Europas. Wir müssen Europa keine Seele geben. Europa muss weder unsterblich noch göttlich sein. Was wir brauchen ist eine Idee für Europa. Doch davon sind wir weit entfernt.

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer bezeichnet die beiden ersten Jahrzehnte unseres 21. Jahrhunderts als „entsicherte Jahrzehnte“.¹² Krisen werden sichtbar – nicht nur wirtschaftliche. Unsicherheit machen sich breit. Die Stichworte Globalisierung, Digitalisierung mögen genügen. Da hat es der hoffnungsvolle Blick in die Zukunft schwer. Viel leichter hat es der Blick zurück auf die vermeintlich gute alte Zeiten. Schon die Bibel kennt dies. Das Volk Israel verklärt in der Unsicherheit der Wüste die erlittene Sklaverei in Ägypten mit Peitschenhieben und Wassersuppe zu den duftenden „Fleischtöpfen“¹³. Der polnisch-englische Soziologe Zygmunt Bauman, umschreibt dieses Rückwärtsgerichtetheit und den Verlust auf Zukunft als „Retrotopia“¹⁴. Dieser Blick zurück ist das Gegenteil der „Utopia“ des Thomas Morus. Dem ungebrochenen Zukunftsglauben.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass wirtschaftliche Verunsicherung den Ruf nach dem Starken Mann extrem befördert.¹⁵ Wirtschaftliche Verunsicherung führt zur Entsolidarisierung.

Wenn sich Menschen oder ganze Personengruppen abgehängt fühlen. Wird es schwierig in einer Demokratie. Denn das Gefühl von der Politik vergessen zu sein, führt entweder in die Resignation oder in die Aggression. Beides ist schlecht. Aber die aggressive Verarbeitung ist gefährlicher: Sie sieht nur noch schwarz-weiß: Freund/Feind, Volk gegen Eliten.¹⁶ Da setzen die politischen Angebote des autoritären Nationalradikalismus an. „Wir holen uns unser Land

¹¹ https://www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Dateien_EUD/Verfassungskommentar_Text.pdf, S 16. (Abgerufen 16.09.2019).

¹² Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung*, Berlin 2018. S. 89.

¹³ 2. Mose 16,3.

¹⁴ Zygmunt Bauman, *Retrotopia*, Berlin 2017, S.12f.

¹⁵ Wilhelm Heitmeyer, a.a.O., S. 94.

¹⁶ Wilhelm Heitmeyer, a.a.O., S. 156.

zurück!“ Wut ist eine hochgradig aktivierende kollektive Mobilisierungsquelle.¹⁷ Das wissen die Demagogen – damals wie heute.

Nicht die besten Rahmenbedingungen, um eine Idee für Europa zu entwickeln. Aber passend zu dem Europa, das aus Schmerzen geboren ist. Nach zwei Weltkriegen ist in Europa ein neues Miteinander gewachsen. Es hat starke Institutionen ausgebildet, die die Rechte der Einzelnen schützen und die Einzelnen auf das Gemeinwohl verpflichten. Es verbindet offene Grenzen und individuelle Freiheit mit dem Streben nach wirtschaftlicher Stärke und sozialer Verantwortung. Es sucht einen vernünftigen Ausgleich der Interessen und Solidarität.

Der bulgarische Politologe Ivan Krastev schreibt in seinem skeptischen Essay „Europadämmerung“: *„Nur Kompromissbereitschaft wird die Wahrscheinlichkeit eines Überlebens der EU erhöhen. Wenn uns die Union am Herzen liegt, sollten wir der Versöhnung die höchste Priorität einräumen.“*¹⁸

Im Geiste der Charta Oecumenica¹⁹ von 2001, haben gerade die Kirchen dies Anliegen vor der Europawahl konkretisiert, die eine jahrhundertalte Erbfeindschaft verbunden hat. Die Union der Evangelischen Kirchen in Elsass Lothringen und die benachbarten Landeskirchen aus Baden und der Pfalz. Wer wenn nicht sie, könnten glaubhafter für Versöhnung werben und ein humanes Europa werben? Sie benennen dabei sechs Punkte²⁰:

1. Für zivile Konfliktlösungen!

Das deutsch-französische Vorbild zeigt, dass nach jahrhundertelanger Feindschaft eine Aussöhnung möglich ist, auch zwischen Kirchen. Dabei wollen die Kirchen gewaltfreies Handeln fördern und sich für grenzüberschreitende Begegnungen einsetzen, insbesondere für jüngere Menschen. Gefragt ist eine gemeinsame Sicherheitspolitik, die mit zivilen Mitteln und realistischen Verhandlungszielen dazu beiträgt. Frieden zu stiften und zu erhalten. Rüstungsausgaben dürfen nicht zu Lasten von ziviler Friedenspolitik gehen!

2. Für eine gerechtere Welt: Fangen wir in Europa an!

Das Europa von heute ist der Idee der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet – nach innen mit verschiedenen Programmen, die schwächere Regionen fördern und einen Ausgleich schaffen, nach außen im Sinne der **Ziele der nachhaltigen Entwicklung** (SDGs)²¹. Die Kirchen wollen die europäische Zusammenarbeit in der Diakonie ausbauen und die Menschen im Blick behalten, die unter den Veränderungsprozessen leiden.

¹⁷ Wilhelm Heitmeyer, a.a.O., S. 175.

¹⁸ Ivan Krastev, Europadämmerung, Berlin 2017, S. 127.

¹⁹ Charta Oecumenica. Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, 2001, Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und Rat der Europäischen Bischofskonferenz (CCEE), https://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Charta_Oecumenica/Charta_Oecumenica.pdf (Abgerufen 16.09.2019).

²⁰ <http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2019/02/2019-02-27-Thèses-sur-lEurope-en-vue-des-prochaines-élections-franco-allemand-1.pdf> (Abgerufen 15.09.2019).

²¹ Die „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung“ der UN von 2016 (Sustainable Development Goals, SDGs). Sie sollen 2030 umgesetzt sein.

Eine Konkretion aus dem Donauraum: Im Blick auf den Wegzug von Ärzten und Ärztinnen und medizinischen Pflegepersonal aus Bulgarien und Rumänien sprechen manche von einem regelrechten „Exodus“.²² Was unserem Pfl egenotstand in Deutschland abhilft, schwächt die ohnehin schlechte medizinische Versorgung in diesen Ländern zusätzlich.

Eine Schattenseite der Freizügigkeit innerhalb Europas sind auch die sog. „Eurowaisen“. Kinder, die zurückbleiben, weil die Eltern in den Westeuropäischen Ländern Geld verdienen – bei Frauen oft die 24 Std. Pflege z.B. in Deutschland. Ein neues Projekt der GEKE hilft Initiativen für diese „Eurowaisen“.

Die Kirchen fordern zudem neben regionalen Strukturfonds gezielte Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut zu entwickeln. Die Europäische Säule der Sozialen Rechte (ESSR)²³ soll zu einem rechtlich verbindlichen Leitfadens politischen Handelns werden. Ferner muss Sorge getragen werden, dass Freihandelsabkommen mit Ländern des globalen Südens gerecht gestaltet werden.

3. Für ein klimaneutrales Europa bis 2040!

Europa lebt seit Jahren über seine Grenzen auf Kosten der Mitwelt und der kommenden Generationen. Schon immer haben sich die Kirchen aufgrund des biblischen Auftrags dafür eingesetzt, die Schöpfung zu bewahren und den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten.

Einen gewissen ökologischen Erfolg habe ich in diesem Jahr in Frankreich erlebt. In jedem Dorf – und sei es noch so klein – gibt es inzwischen gut sichtbare Recyclingstationen. Ein Erfolg der EU. Es geht also nicht darum, unsere Standards nach unten anzupassen, sondern gute Standards in ganz Europa verbindlich zu machen.

Die Kirchen fordern, das Thema Klimagerechtigkeit ganz oben auf die politische Agenda in Europa zu setzen. Dazu gehören ehrgeizige Ziele im Bereich der Industrie- und Landwirtschaftspolitik, aber auch mehr Mittel für die Unterstützung von Opfern des globalen Klimawandels.

4. Für die Stärkung persönlicher Freiheit gegen wirtschaftliche und politische Macht!

In Europa werden persönliche Freiheitsrechte durch starke Institutionen wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geschützt. Die Kirchen setzen sich aufgrund ihrer religiösen Überzeugung ein, die Menschenwürde unterschiedslos allen Menschen gilt. Inzwischen erkennen auch strikt laizistische Staaten, dass die Religion eine zentrale Quelle bei der Ausbildung universeller Menschenrechte ist. Doch angesichts der aktuellen Lage ist ein verstärktes Engagement nötig.

- Das gilt für den Bereich der Digitalisierung. Die Meinungsfreiheit und auch der Schutz der Privatsphäre muss auch gegen die wirtschaftlichen Interessen großer Konzerne gewährleistet sein.

²² Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/volle-wartezimmer-keine-aerzte-not-in-rumänien-und-bulgarien/a-44493050>. (Abgerufen 15.09.2019).

²³ „Europäische Säule sozialer Rechte“ Beim Gipfel in Göteborg bekannten sich die 28 Staaten am 17. November 2017 in einer Erklärung zu gemeinsamen Mindeststandards, darunter faire Löhne, Hilfe bei Arbeitslosigkeit und angemessene Renten.

- Ebenso gilt der Einsatz der Kirchen gegen das Erstarken von autoritären Regimen, die die persönliche Freiheiten und auch das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure einschränken wollen.
- Für eine humane Flüchtlingspolitik und den Schutz der Rechte von Migrantinnen und Migranten (im Rahmen der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention). „*Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist mit dir los, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? Was ist mit dir los, Europa, du Mutter von Völkern und Nationen, Mutter großer Männer und Frauen...?*“²⁴ Mit diesen Worten, die Papst Franziskus 2016 in seiner Karlspreisrede an seine Zuhörende und an ganz Europa richtete, rüttelte er viele Menschen auf. Seit 2014 suchte die Europäische Union nach einer gemeinschaftlichen Lösung für einen menschenwürdigen Umgang mit vielen Flüchtlinge, die nach Europa drängten. Selbstkritisch muss angemerkt werden: Die Linie der Kirchen ist hier auch nicht eindeutig. In Ungarn etwa setzten sich die kleine lutherische Kirche und die große reformierte Kirche für eine menschenwürdige Aufnahme Geflüchteter ein – gegen Viktor Orban. Die katholische Bischofskonferenz dagegen widerspricht ihren Papst und nimmt Orban in Schutz – aus Furcht vor einer Verschiebung zum Islam.²⁵ Auch wir Kirchen sind nicht frei vor dem Erstarken eines neuen Nationalismus. Deshalb müssen wir uns immer wieder fragen lassen: Wo laufen wir Gefahr, aus partikularen Interessen den Anspruch universal gültiger Menschenrecht zu opfern? Das Evangelium ist hier sehr eindeutig. Der Platz der Kirche Jesu Christi ist an der Seite „der geringsten Brüder und Schwester“, bei den Menschen, die Hilfe brauchen. Und manche kirchliche Initiativen, etwa das Schaffen von „Humanitären Korridore“ sind auch im Handeln vieler europäischer Regierungen angekommen.
- Die Kirchen engagieren sich für den Schutz der Glaubens- und Religionsfreiheit und der Rechte religiöser Minderheiten, die in einigen europäischen Ländern in Abwehr gegen den Islam eingeschränkt werden sollen. Statt die Religionsausübung einzuschränken, müssen Begegnungen ermöglicht werden. Das strikte laizistische Grundmodell, dass die Religion ausschließlich in den privaten Raum verbannt, schafft m.E. mehr Probleme als es löst. Religion findet im Hinterhof statt. Ganz im Geiste der im GG formulierten positiven Religionsfreiheit und der Landesverfassung von Baden-Württemberg gibt es eingespielte Arbeits- und Begegnungsebenen. Eine Frucht davon ist der Rat der Religionen hier in Ulm. Wenn man miteinander gut im Gespräch ist, können auch schwierige Themen angesprochen werden. Wird es dem Islam gelingen, im europäischen Raum eine eigene Identität zu entwickeln, die die vier Säulen Europas in das eigene Nachdenken integriert: Das Erbe der griechischen Philosophie, das Christentum, die Grundlagen des römischen Rechts und die europäische Aufklärung. Das wäre ein wichtiges Signal, dass muslimische Mitbürger auch geistlich in Europa angekommen sind. Aber eine Gesellschaft kann weder die Eigeninterpretation einer Religion bestimmen oder bevormunden. Der Staat muss die Beachtung von Gesetzen

²⁴ <http://www.karlspreis.de/de/preistraeger/papst-franziskus-2016/rede-von-sh-papst-franziskus> (Abgerufen 16.09.2019).

²⁵ <https://www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2018-09-17/furcht-vor-einer-verschiebung-zum-islam-ungarische-bischofskonferenz-verteidigt-orban-regierung>. (Abgerufen 16.09.2019).

und Regeln einfordern. Er muss aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Religionen achten und respektieren.

5. Für ein vielfältiges und buntes Europa der Zukunft!

Europa ist mehr als ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Seine Kraft erwächst aus dem Zusammenspiel der unterschiedlichen Regionen und Traditionen. Die europäischen Kirchen haben gelernt – über Religionskriege hinweg – die Vielfalt der Konfessionen als Bereicherung wahrzunehmen. In versöhnter Verschiedenheit miteinander zu leben, macht das Leben reich. Auch im kulturellen Raum erwächst die Stärke Europas aus seiner regionalen und sprachlichen Vielfalt. Diese Vielfalt muss erhalten bleiben. Gegen zentralistische Tendenzen. Vielfalt steht nicht im Widerspruch zu einem geeinten Europa. Umgekehrt: Europa wird lebendig, wenn die Regionen ihre europäischen Chancen entdecken und leben. Unsere Donauroomstrategie (in der ganzen Bandbreite der Aktivitäten) ist hier in jeder Beziehung vorbildlich und stilbildend – ebenso das Donaufest oder wie diese Woche ganz aktuell die Sinti und Roma Kulturwoche hier in Ulm. Und auch Kirchengemeinden mit ihren internationalen Kontakte haben hier eine wichtige Funktion.

Deshalb fordern die Kirchen, populistischen Bemühungen zu widerstehen, die regionale und nationale Traditionen gegen Europa ausspielen und ihre Identität durch die Ausgrenzung Schwächerer und nationaler wie religiöser Minderheiten definieren.

6. Für die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Subsidiarität!

Europa steht mit den europäischen Verträgen und der Institution des Europäischen Gerichtshofes für die Begrenzung von Macht durch Recht. Das Bekenntnis zum Herrn der Welt ermutigt die Kirchen, Einschüchterung und Drohungen zu widerstehen und sich aktiv für Toleranz und Demokratie in unseren Gesellschaften einzusetzen. Mit Sorge sehen die Kirchen das Erstarken von Autoritarismus in den Regierungen Europas. Die europäischen Parteien müssen sich dieser Entwicklung entgegenstellen und die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung entschlossen verteidigen. Das Europaparlament sollte dazu mit mehr Rechten für eigenständige politische Initiativen ausgestattet werden.

Die Bürgerinnen und Bürger Europas sollten mehr Möglichkeiten erhalten, im Rahmen des Prinzips der Subsidiarität ihr Leben in Städten und Gemeinden aktiv mitzugestalten. Dass Subsidiarität in Deutschland ein so starkes Gewicht hat, hat auch mit unserer geschichtlichen Erfahrung eines totalitären Staates zu tun.

Mit dem Münster habe ich begonnen. Mit dem Münster will ich schließen. Als der Grundstein für das Münster am 30. Juni 1377 gelegt wurde, wussten alle Beteiligten: Wir werden nie erleben, dass man in dieser Kirche einen Gottesdienst feiert, geschweige denn dass sie fertig ist. Und dennoch haben sie dieses Projekt angegangen und sehr viel Geld dafür eingebracht. Sie hatten die Vision dieser Kirche und sagten sich „Wir schaffen das!“ Und diese Vision trug. Selbst in den Zeiten, in denen das Münster fast einstürzt wäre. „Wir schaffen das“, sagten die Ulmer und fanden dann auch Wege, weil sie eben diese Vision hat.

Europa braucht keine Seele. Europa braucht eine Vision. Die Vision eines demokratischen, solidarischen und vielfältigen Gemeinwesens, das die Würde der Menschen stärkt, Frieden und Gerechtigkeit stiftet und die Schöpfung bewahrt! Mit dieser Vision braucht sich Europa keine Sorgen machen.